



Die Zukunft der GAP nach 2013

- Die Zukunft der GAP - Was auf dem Spiel steht
- Die Prinzipien und Ziele der GAP nach 2013
- Vorschläge zur Politik-Ausrichtung der GAP nach 2013



Die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik Was auf dem Spiel steht

Die Zukunft der GAP nach 2013

- Die Zukunft der GAP -
Was auf dem Spiel steht
- Die Prinzipien und Ziele
der GAP nach 2013
- Vorschläge zur Politik-
Ausrichtung der GAP
nach 2013

Jeder Mensch ist für den Zugang zu einer gesicherten und stabilen Versorgung mit gesunden und hochwertigen Lebensmitteln auf eine funktionsfähige Landwirtschaft angewiesen.

Der europäische Bürger legt auch große Bedeutung darauf, dass Lebensmittel auf eine Weise produziert werden, die auf unsere Landschaft, unsere Umwelt, unsere Tiere sowie auf die wild lebende Fauna und Flora achtet.

Diese Ziele lassen sich nicht einzig und allein über den Markt erfüllen. Hier setzt die Rolle der gemeinsamen Agrarpolitik an. In den jüngsten Jahren wurde die GAP mehreren Reformen unterzogen. Diese Reformen haben die EU-Standards der Lebensmittelsicherheit, der Rückverfolgbarkeit, des Umweltschutzes und des Tierschutzes verschärft. Außerdem wurde die Landwirtschaft marktorientierter ausgestaltet und die Landwirte wurden dazu angespornt, in ihrer Funktion als Landmanager zusätzliche Leistungen zu erbringen.

Die europäischen Landwirte gewährleisten durch ihre wirtschaftliche Tätigkeit und mit Unterstützung der GAP die Lebensmittelversorgung sowie eine breite Palette von öffentlichen Leistungen.





Gegenwärtig finanzieren weniger als 1% des Gesamtbetrags der öffentlichen Ausgaben der EU Maßnahmen unter den zwei Säulen der GAP. Dadurch werden der Öffentlichkeit im Wesentlichen zwei Arten von Leistungen gesichert.

Aus allen landwirtschaftlichen Tätigkeiten resultierende Leistungen,

die hauptsächlich über die Instrumente der Marktverwaltung sowie durch Gewährung von Direktzahlungen an die Landwirte unter der ersten GAP-Säule gewährleistet werden

- Ernährungssicherheit für 500 Millionen Verbraucher durch Erhaltung der Produktionskapazität überall in der EU
- Größere Marktstabilität für Verbraucher und Landwirte
- Nachhaltige Produktion, die den weltweit höchsten Standards der Lebensmittelsicherheit, der Rückverfolgbarkeit, des Umweltschutzes und des Tierschutzes begegnet
- Beschäftigung und Sicherung der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit ländlicher Gebiete - nahezu 30 Millionen Menschen sind in landwirtschaftlichen Betrieben und über 40 Millionen in der gesamten Agrarnahrungsmittelkette beschäftigt
- Bewirtschaftung von über drei Vierteln des Landes in der EU in einer Weise, die einen attraktiven ländlichen Raum und eine abwechslungsreiche Landschaft für die Landbewohner sowie für Besucher und Touristen hervorbringt

Gegen gezielte Zahlungen freiwillig von den Landwirten in ihrer Funktion als Landmanager erbrachte Leistungen,

die unter der im Zuge der jüngsten Reformen der GAP beachtlich gestärkten GAP-Abteilung der ländlichen Entwicklung (zweite Säule) gewährleistet werden

- Erhaltung der Produktion in benachteiligten Gebieten
- Wahrung der biologischen Vielfalt - z.B. Weideland, Feuchtgebiete, Torfmoore, Trockenwiesen, Gräben, Hecken, Niederwald, Teiche, Trockenmauern, Fußpfade
- Erhaltung von Produktionssystemen/Investitionen niedrigen Ertrags/hohen Naturwerts - z.B. Naturweiden, Forstwirtschaft
- Land- und Wasserbewirtschaftung zur Reduzierung von Überflutungen, Verbesserung der Grundwasserspeicherkapazität, Verstärkung der Brandresistenz
- Beschaffung neuer erneuerbarer Energieträger

Für die Zukunft sieht sich die EU neuen Herausforderungen gegenüber, die viele dieser Leistungen - insbesondere die unter der ersten Säule erbrachten - gefährden.



■ Herausforderungen, denen sich die europäische Landwirtschaft gegenüber sieht

Zunehmende Marktinstabilität

Die Maßnahmen, die früher im Rahmen der GAP zur Sicherung der Marktstabilität zur Verfügung standen, sind nach und nach abgebaut worden. Die Marktinstabilität nimmt aber zu. Im Zuge der Landwirtschaftskrise von 2009 ist schmerzhaft zutage getreten, dass die Behörden nicht länger die Instrumente bei der Hand hatten, um mit derart schweren Krisen umzugehen, sodass die Einkommen der Landwirte um durchschnittlich 12% sanken. Diese Situation darf sich nicht wiederholen.

Die europäischen Landwirte sehen sich im Wettbewerb mit Importen ungleichen Ausgangsvoraussetzungen gegenüber

Die EU hat im Sinne der seitens der Bürger vorgebrachten Anliegen für eine kostenaufwendigere Art von Landwirtschaft optiert, die die Gewähr dafür bietet, dass die Gesamtheit der Produktion äußerst strenge Sicherheits- und Nachhaltigkeitskriterien erfüllt (Lebensmittelsicherheit, Rückverfolgbarkeit, Umweltschutz, Tierschutz, biologische Vielfalt). Dies bringt den EU-Erzeugern bedeutende Wettbewerbsnachteile gegenüber Importen ein. Zugleich verfolgt die EU eine Politik der Importbegünstigung durch Reduzierung der Zolltarife.

Einkommen der Landwirte, die sich verschlechtern

Während die jüngsten Reformen die Landwirtschaft haben marktorientierter werden lassen, vermochten sie nicht die Erlöse der Landwirte aus dem Markt zu verbessern. Sogar vor der Krise von 2009 erreichten die Einkommen der Landwirte in der EU nur rund 50% der gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsverdienste. Im Durchschnitt fließen zwei Drittel dieses Einkommens in Form von im Rahmen der GAP entrichteten Zahlungen zu, um die weiter oben genannten öffentlichen Leistungen zu erbringen. Die Zahlungen unter der ersten Säule sind von besonders großer Bedeutung, da sie im Gemeinschaftsdurchschnitt nahezu die Hälfte des Einkommens der Landwirte ausmachen.

Landwirte verstehen sich zuallererst als Unternehmer und würden weit lieber einen höheren Anteil ihres Einkommens aus dem Markt erwirtschaften. Prioritär muss daher die wirtschaftliche Produktionsrolle der Landwirte gestärkt werden, damit sie zur Erwirtschaftung fairer Erlöse aus dem Markt imstande sind.

Neue Risiken als Folge des Klimawandels

Der Anstieg der Nahrungsmittelnachfrage weltweit einhergehend mit den sich verschärfenden klimatischen Unbilden und der zunehmenden Marktvolatilität bedeutet, dass überall in der Welt die Ernährungssicherheit eine politische Priorität für die Regierungen sein wird. Die Notwendigkeit, das Potential der EU-Landwirtschaft für die Abmilderung des Klimawandels und eine gesicherte Energieversorgung durch die Produktion nachwachsender Rohstoffe und die Bindung von Kohlenstoff auszuschöpfen, wird ebenfalls von essentieller Bedeutung sein.



Eine starke Gemeinsame Agrarpolitik und die Aufrechterhaltung ihres Haushalts - entscheidend mehr denn je zuvor

Für den europäischen Bürger kann es kaum wichtigere Prioritäten als eine gesicherte und stabile Versorgung mit sicheren Lebensmitteln geben, die so produziert worden sind, dass nachhaltige Bodennutzung und Schutz der Umwelt gewährleistet sind. Ein dynamischer und wettbewerbsfähiger Agrarsektor, der nahezu 30 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz sichert, hat auch eine unverzichtbare Rolle in der neuen europäischen Strategie für Beschäftigung und Wachstum ‚Europa 2020‘ zu spielen. Die GAP kann den Landwirten und Genossenschaften auch helfen, in positiver Weise zur Bekämpfung des Klimawandels beizutragen.

Eine starke GAP einhergehend mit einem angemessenen Haushalt wird in Zukunft mehr denn je von essentieller Bedeutung sein, wenn die Landwirte weiterhin diese breite Palette von Leistungen erbringen und zur Bewältigung der Herausforderungen beitragen sollen, denen sich die EU in den kommenden Jahren stellen müssen.

Extrem wichtig ist auch, dass bei Anpassungen der GAP nach 2013 jeweils der gemeinschaftliche Charakter der Politik verstärkt wird - unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Vielfalt der europäischen Landwirtschaft. Eine weitere Renationalisierung der GAP würde Wettbewerbsverzerrungen zur Folge haben und den Binnenmarkt - und mithin Wachstum und Beschäftigung - untergraben.



Prinzipien und Ziele der GAP nach 2013

■ Die künftige GAP sollte auf der Anerkennung folgender Prinzipien basieren:

- Die wirtschaftliche Rolle der Landwirte - Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln - ist lebenswichtig. Das gleiche gilt für ihre weiterreichende Aufgabe der Erfüllung territorialer, ökologischer und sozialer Gesellschaftsziele. Dadurch unterscheidet sich die Landwirtschaft von anderen Wirtschaftsbereichen.
- Die GAP der Zukunft sollte anerkennen, dass die Landwirte Unternehmer sind, die ihr Einkommen zu einem möglichst hohen Anteil am Markt erwirtschaften wollen. Es sollte jedoch auch deutlich anerkannt werden, dass Landwirte Leistungen erbringen, die - entweder momentan oder auf absehbare Zeit - nicht angemessen über den Markt honoriert werden.
- Die Landwirtschaft sollte zur Stärkung der Europäischen Union beitragen. Die GAP muss eine gemeinsame Politik mit gemeinsamen Regeln bleiben, um sicherzustellen, dass keine Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt der EU entstehen und zugleich die Vielfalt der europäischen Landwirtschaft berücksichtigt wird.
- Finanzielle Solidarität ist notwendig, um einen größeren wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und stärkere Integration sowie ein besseres Gleichgewicht zwischen Stadt und Land in der EU-27 sicherzustellen.





■ Ziele der neuen GAP:

Es muss/müssen:

- stabile Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Agrarproduktion durch gesteigerte Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit sowie durch einen gut funktionierenden Markt bestehen. Dadurch soll die strategische Versorgungsunabhängigkeit der EU in allen zentralen Produktionsbereichen aufrechterhalten und den Verbrauchern ein verlässliches und stabiles Angebot sicherer Nahrungsmittel gewährleistet werden. Die EU wird dadurch auch in der Lage sein, zur Deckung der wachsenden Weltnachfrage nach Nahrungsmitteln beizutragen.
- sichergestellt werden, dass die reiche Vielfalt von hochwertigen Nahrungsmitteln aus den verschiedenen ländlichen Gebieten überall in der EU erhalten bleibt und dass die Verbraucher in vollem Umfang über die von ihnen gekauften Nahrungsmittel informiert sind.
- sichergestellt werden, dass die gesamte Produktion in einer Weise betrieben wird, die die Umwelt (Luft, Boden, Wasser) schützt, auf das Wohlergehen von Tieren und die biologische Vielfalt achtet und attraktive ländliche Räume gestaltet.
- der Beitrag der EU-Landwirtschaft zu Wirtschaft und Beschäftigung in ländlichen Gebieten in der gesamten EU optimiert werden.
- Arten von Landmanagement begünstigt werden, die die Biodiversität fördern, Ressourcen und Lebensräume schonen, während sie spezifische regionale Gegebenheiten berücksichtigen.
- den Landwirten geholfen werden, den Klimawandel abzumildern und sich seinen Auswirkungen anzupassen.
- der Beitrag der EU-Landwirtschaft zur Senkung der Emissionen (CO₂) und zur Verringerung der Abhängigkeit der EU von Energieimporten durch Produktion nachwachsender Non-Food-Ressourcen gewährleistet werden.
- den Bäuerinnen und Bauern ein fairer Lebensstandard und eine langfristige Perspektive geboten werden, die künftige Generationen zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft bewegt.



Vorschläge zur Politik- Ausrichtung der GAP nach 2013

■ Hauptanpassungen an der GAP nach 2013

Die Hauptanpassungen an der GAP nach 2013 sollten im Wesentlichen darauf abgestellt werden,

- ◆ die Ernährungssicherheit und -stabilität durch Stärkung der wirtschaftlichen Produktionsrolle der Landwirte zu gewährleisten.
- ◆ Landwirte in die Lage zu versetzen, faire Einkommen aus dem Markt zu erwirtschaften und weiter zur Erbringung der breiten Palette von wirtschaftlichen, sozialen und ländlichen Leistungen, die von der Gesellschaft geschätzt werden, beizutragen.
- ◆ gleiche Ausgangsvoraussetzungen (*level playing field*) für alle europäischen Landwirte im Binnenmarkt sicherzustellen.

Dies verlangt Anpassungen in folgenden Bereichen:

- Bessere Funktionsweise der Märkte, stabiler und transparenter
- Stärkung der Position der Landwirte in der Lebensmittelkette
- Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsstellung der Landwirte
- Aufrechterhaltung der Direktzahlungen unter der ersten Säule, aber einhergehend mit einer Überprüfung des Modus der Zahlung
- Aufrechterhaltung der Ausgleichszulagen für benachteiligte Gebiete und spezifischer Fördermittel für Landwirte in deutlich definierten Fällen
- Mehr Anreize für die Landwirte, um sie zur Erbringung ländlicher, von der Gesellschaft geschätzter Leistungen in die Lage zu versetzen
- Verstärkung von Maßnahmen, um Landwirte und Genossenschaften in die Lage zu versetzen, bei der Bewältigung neuer Herausforderungen - insbesondere Klimawandel und Auflagen der Wasserwirtschaft - eine positive Rolle zu spielen
- Größere Kohärenz zwischen der GAP und anderen flankierenden Politikbereichen





Die Aufrechterhaltung des GAP-Haushalts wird mehr denn je von essentieller Bedeutung sein, wenn die Landwirte weiterhin die breite Palette von wirtschaftlichen, sozialen und ländlichen Leistungen erbringen und zur Bewältigung der Herausforderungen beitragen sollen, denen sich die EU in Zukunft wird stellen müssen.

Finanzielle Solidarität einhergehend mit einem angemessenen Haushalt ist der einzige Weg sicherzustellen, dass die GAP eine gemeinsame Politik ohne Wettbewerbsverzerrungen bleibt. Die finanzielle Solidarität sollte zu einer fairen und gleichwertigen Behandlung aller Landwirte jeweils unter Berücksichtigung unterschiedlicher Voraussetzungen führen. Eine Ausweitung der Ko-Finanzierung ist daher nicht akzeptabel. Die aktuelle Ko-Finanzierung sollte verpflichtend vorgeschrieben werden, damit Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden.

Die Modulation zwischen den zwei Säulen sollte beseitigt werden - die Haushaltsbeträge für die Hauptbestandteile der GAP sollten über den gesamten Zeitraum der Finanziellen Vorausschau festgelegt werden.

Es ist wichtig, dass alle GAP-Anpassungen den Test der **Vereinfachung** für die Landwirte passieren. Bislang sind die meisten Vereinfachungsversuche den Verwaltungsbehörden statt den Landwirten zugute gekommen.



■ Spezifische Vorschläge zu gebotenen Anpassungen an der GAP nach 2013

Bessere Funktionsweise der Märkte, stabiler und transparenter

Die bestehenden Maßnahmen, die zur Stabilisierung der Märkte und des Einkommens der Landwirte beitragen (d.h. die vereinzelt nach dem Health-Check verbleibenden Marktregulierungsmaßnahmen und Sicherungsnetze und die Direktzahlungen) müssen erhalten bleiben. Es werden jedoch angesichts der wachsenden Marktvolatilität neue Maßnahmen geboten sein, um den Verbrauchern wie auch den Erzeugern größere Stabilität zu sichern.

Daher sollten aus der Sicht von Copa und Cogeca neue Instrumente geprüft werden, u.a.:

- ◆ Erzeugerorganisationen in die Lage versetzen, die Produktion zu planen und sie sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht an die Nachfrage anzupassen; das Angebot zu bündeln und die Produktion der Mitglieder zu vermarkten sowie die Produktionskosten zu optimieren und die Erzeugerpreise zu stabilisieren. Dies verlangt eine bessere Koordination und Umsetzung des geltenden Wettbewerbsrechts.
- ◆ Erzeugerorganisationen und Branchenverbände in die Lage versetzen, durch auf Freiwilligkeit beruhende sektorale Vereinbarungen und Verträge zu Marktstabilität beizutragen.
- ◆ Die im Rahmen des Health-Checks eingeführten Versicherungsmaßnahmen der Hilfestellung an Landwirte, die durch widrige Witterungsverhältnisse und Tierseuchen oder Pflanzenkrankheiten getroffen wurden, sollten daraufhin überprüft werden, ob die aktuellen Umsetzungsschwierigkeiten überwunden werden können und ihre Anwendung mithin auf mehr Mitgliedstaaten ausgeweitet werden kann.
- ◆ Maßnahmen der Hilfestellung an Erzeuger, Marktkrisen zu überleben (z.B. Schaffung eines Einkommenssicherungsnetzes oder von Versicherungssystemen zur Deckung von Erlös- oder Einkommensausfällen; Entwicklung der Terminmärkte/Verträge).
- ◆ Anreize für die Mitgliedstaaten, die auf Landwirte anwendbaren Steuermaßnahmen zu verbessern (z.B. dergestalt, dass hinsichtlich der Erlösniveaus eine Steuerveranlagung über eine Mehrjahresperiode möglich wird) und den Zugang zum Kredit zu erleichtern.

Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz durch Versorgung der Landwirte mit aktualisierter Marktinformation insbesondere in Bezug auf die Spannen und die Preistransmission in der Lebensmittelwertkette sind dringend geboten. Dies würde ihnen nicht nur helfen, wirksamer zu wirtschaften, sondern sie auch zur Erwirtschaftung fairerer Erlöse in die Lage versetzen.

Desgleichen wird größere Markttransparenz durch Verstärkung der Qualitäts- und Kennzeichnungspolitik, einschließlich des Schutzes geografischer Angaben als Bestandteil von Handelsabkommen, von großem Nutzen für die Verbraucher wie auch für die Erzeuger sein. Dies würde nicht nur den Verbrauchern zu einer aufgeklärteren Auswahl verhelfen, sondern böte auch den Erzeugern mehr Anreize, Kulturtraditionen zu wahren und die Qualität zu verbessern.

Von essentieller Bedeutung ist auch sicherzustellen, dass sämtliche Importe die EU-Standards der Lebensmittelsicherheit und Rückverfolgbarkeit erfüllen und gleichere Ausgangsvoraussetzungen zwischen Erzeugnissen aus der EU und Importen im Hinblick auf andere Standards geschaffen werden.



Stärkung der Position der Landwirte in der Lebensmittelkette

Sofern die Landwirte einen größeren Anteil ihres Einkommens aus dem Markt erzielen sollen, ist es von wesentlicher Bedeutung, ihre Position in der Lebensmittelkette zu stärken. Die 13,4 Millionen europäischen Landwirte sehen sich einer Handvoll extrem großer Bezugs-, Verarbeitungs- und Einzelhandelsunternehmen gegenüber und verkehren daher in einer ungemein schwachen Verhandlungsposition. Dementsprechend wird der von Landwirten im Betrieb erbrachte Mehrwert (z.B. Umwandlung von Gras zu Milch) zu einem wesentlich niedrigeren Preis abgegolten als der Mehrwert, den andere in der Lebensmittelkette erbringen.

Es werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- ◆ Stärkung der Erzeugerorganisationen, worunter Genossenschaften die vorwiegende Rechtsform darstellen (z.B. durch Entwicklung neuer Erzeugerorganisationen sowie durch verstärkte Fördermittel für bestehende Erzeugerorganisationen zwecks Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung).
- ◆ Aufstellung von Verhaltenskodices innerhalb der Lebensmittelkette, um Landwirte vor unlauteren Praktiken (wie Zahlungsverzug, Verkauf unterhalb der Gestehungskosten) zu schützen und selbstregulierende Vereinbarungen zwischen Partnern der Lebensmittelkette auf Basis einer „Bill of Rights“ zu fördern.
- ◆ Erzeugerorganisationen/Genossenschaften in die Lage versetzen, gemäß gemeinsamen Wettbewerbsregeln zusammenzuarbeiten und zu fusionieren (sowohl innerhalb der Mitgliedstaaten als auch grenzüberschreitend).
- ◆ Die aktuelle Überprüfung der Absatzförderungs politik sollte in eine kräftigere Promotion insbesondere von EU-Produkten einmünden. Es sollten neue Maßnahmen wie Einsatz von WTO-zulässigen Exportkrediten geprüft werden.
- ◆ Europäischer Ombudsmann zur Überwachung der Verhaltenskodices sowie sonstiger freiwilliger Vereinbarungen und zur Schlichtung von Streitsachen in der Lebensmittelkette.
- ◆ Anreize für die Landwirte, Lokal-/Bauernmärkte als zusätzlichen Absatzmarkt zu entwickeln, was sie in direkten Kontakt mit den Verbrauchern bringt, die Anzahl von zwischengeschalteten Stellen verringert und die Transportkosten und Emissionen reduziert.

Die Stärkung der Position der Landwirte in der Lebensmittelkette wird mehr im Einzelnen in einem separaten Papier behandelt.



Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsstellung der Landwirte

Es wird von essentieller Bedeutung sein, die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte und Genossenschaften zu verbessern, sofern die Landwirte insbesondere angesichts der vor uns liegenden neuen Herausforderungen - vor allem Klimawandel - einen höheren Anteil ihres Einkommens aus dem Markt erzielen sollen. Dies verlangt eine wesentliche Verbesserung und Verstärkung bestehender Maßnahmen, um Landwirten zu größerer Wettbewerbsfähigkeit zu verhelfen (augenblicklich unter Achse 1 der zweiten Säule).

Außerdem sollte erwogen werden, die Wettbewerbsmaßnahmen im Hinblick auf eine fairere, kohärentere Umsetzung überall in der EU gemeinschaftsweit zu standardisieren. Gegenwärtig fallen Maßnahmen dieser Art unter Achse 1 der zweiten GAP-Säule, die Maßnahmen umfasst, wo ein hoher Grad an Subsidiarität auf regionaler Ebene geboten ist, um mit regional unterschiedlichen Voraussetzungen umzugehen. Während dies im Fall der Agrarumweltmaßnahmen unter Achse 2 der zweiten Säule von großer Relevanz ist, trifft dies für Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit weniger zu. Außerdem werden die Möglichkeiten für Verzerrungen sowohl innerhalb der Mitgliedstaaten als auch zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten dadurch verschärft, dass es den Regionen und Mitgliedstaaten erlaubt ist, stark variierende Haushalte für Wettbewerbsmaßnahmen im Rahmen der GAP anzusetzen. Demzufolge sind einer Reihe von Landwirten und Genossenschaften stark benötigte Fördermittel verwehrt.

Es ist überaus wichtig, dass Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Forschungspolitik der EU abgestützt werden. Angesichts dessen, dass mit einer Verdopplung der weltweiten Nahrungsmittelnachfrage bis zum Jahre 2050 gerechnet wird, sind als eine Priorität der EU im Bereich Forschung und Entwicklung Wege zu finden, um die Produktivitätsverbesserungen in der Landwirtschaft vor dem Hintergrund des Klimawandels und wachsender Auflagen der Wasserwirtschaft aufrechtzuerhalten.



Zukunft der Direktzahlungen

Die Direktzahlungen unter der ersten Säule versetzen die europäischen Landwirte in die Lage, in Verbindung mit ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit eine Reihe von öffentlichen Leistungen zu erbringen, die von der Gesellschaft geschätzt, gegenwärtig aber nicht - und in vielen Fällen niemals - über den Markt abgegolten werden:

- ◆ Ernährungssicherheit für 500 Millionen Verbraucher durch Erhaltung der Produktionskapazität überall in der EU
- ◆ Größere Marktstabilität für Verbraucher und Landwirte
- ◆ Nachhaltige Produktion, die den weltweit höchsten Standards der Lebensmittelsicherheit, der Rückverfolgbarkeit, des Umweltschutzes und des Tierschutzes begegnet
- ◆ Beschäftigung und Sicherung der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit ländlicher Gebiete - nahezu 30 Millionen Menschen sind in landwirtschaftlichen Betrieben und über 40 Millionen in der gesamten Agrarnahrungsmittelkette beschäftigt
- ◆ Bewirtschaftung von über drei Vierteln des Landes in der EU in einer Weise, die einen attraktiven ländlichen Raum und eine abwechslungsreiche Landschaft für die Landbewohner sowie für Besucher und Touristen beschafft

In Anbetracht des äußerst niedrigen Niveaus des Durchschnittseinkommens in der Landwirtschaft (rund 50% der gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsverdienste) steht fest, dass in Ermangelung anderweitiger ergänzender Stützinstrumente eine Kürzung der landwirtschaftlichen Direktzahlungen unter der ersten Säule gravierende Konsequenzen für die Fähigkeit der Landwirte zur Erbringung dieser Leistungen hätte. Aus einem kürzlich von der Kommission veröffentlichten Bericht (Scenar 2020 II) geht in der Tat hervor, dass eine Kürzung dieser Zahlungen zu einer ungemein starken Verringerung der Anzahl Landwirte, zu Landaufgabe sowie zur Intensivierung und Konzentration der verbleibenden Produktion in bestimmten Gebieten führen würde. Dies brächte soziale und strukturelle Umbrüche in ländlichen Gebieten und immense Arbeitsplatzverluste mit sich und wäre das Ende der Ambition Europas, eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft mit Nachhaltigkeit in ländlichen Räumen zu kombinieren.

Der Haushalt für diese Landwirtschaftszahlungen ist daher von essentieller Bedeutung und aufrechtzuerhalten.

Mit Rücksicht darauf, dass - wie weiter oben angeführt - der Zweck der Direktzahlungen unter der ersten Säule darin besteht, eine Reihe von mit allen landwirtschaftlichen Tätigkeiten verflochtenen öffentlichen Leistungen zu gewährleisten, sollte jedwede Anpassung des Modus der Direktzahlungen in Zukunft der Notwendigkeit Rechnung tragen sicherzustellen, dass aktive Landwirte - egal ob im Nebenerwerb oder im Vollerwerb stehend - statt nicht bewirtschaftende Landbesitzer in ihren Genuss gelangen.

Was den Modus der Direktzahlungen anbelangt, sollte zwecks Sicherstellung einer fairen und gleichwertigen Behandlung der Landwirte überall in der EU erwogen werden, die Direktzahlung auf Basis von gemeinsamen objektiven Kriterien anzugleichen. Die Kriterien sollten es den Mitgliedstaaten erlauben, unterschiedlichen Voraussetzungen in ihrem Land Rechnung zu tragen - unter gleichzeitiger Achtung auf die Notwendigkeit, ein schwerfälliges und komplexes Zahlungssystem zu vermeiden.



Aufrechterhaltung der Ausgleichszulagen für benachteiligte Gebiete und spezifischer Fördermittel für Landwirte in deutlich definierten Fällen

Die aktuellen Maßnahmen für benachteiligte Gebiete und Berggebiete werden eine essentielle Komponente der GAP nach 2013 bleiben. Außerdem müssen Maßnahmen nach Art derjenigen unter Artikel 68 zwecks Hilfestellung für sensible Bereiche oder Regionen erhalten bleiben. Zwecks Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen müssen Beihilfen für sensible Bereiche in Grenzen gehalten werden.

Mehr Anreize für die Landwirte, um sie zur Erbringung ländlicher, von der Gesellschaft geschätzter Leistungen in die Lage zu versetzen

Land- und Forstwirte bewirtschaften über drei Viertel des Landes in der EU und sind daher am besten in der Lage, zusätzliche von der Gesellschaft geschätzte ländliche Leistungen zu erbringen. Gegenwärtig vermögen Landwirte und Waldbesitzer nur die Mehrkosten oder Einkommensausfälle, die aus der Erbringung dieser öffentlichen Leistungen resultieren, auszugleichen, sodass kein finanzieller Anreiz zur Vornahme der implizierten zusätzlichen Arbeit besteht. Wenn der Nachfrage der Öffentlichkeit nach diesen Leistungen begegnet werden soll, sollten sie wie eine unternehmerische Tätigkeit behandelt und entsprechend honoriert werden.

In ihrer Funktion als Landmanager können Landwirte auch eine wichtige Rolle zur Abmilderung des Klimawandels spielen.

Verstärkung von Maßnahmen, um Landwirte und Genossenschaften in die Lage zu versetzen, bei der Bewältigung neuer Herausforderungen - insbesondere Klimawandel und Auflagen der Wasserwirtschaft - eine positive Rolle zu spielen

Die GAP nach 2013 sollte auf die im Rahmen des Health-Checks eingeführten gezielten Maßnahmen aufbauen und diese weiter verstärken, um den neuen Herausforderungen, denen sich die EU gegenüber sieht, zu begegnen. Ein dahingehender Ansatz wäre wirksamer als die Schaffung eines separaten GAP-Kapitels, um mit dem Klimawandel umzugehen.

Es sollten daher Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in der Landwirtschaft fortentwickelt werden, um Landwirten zu helfen, den Klimawandel abzumildern und sich diesem anzupassen (einschließlich Maßnahmen zur Verbesserung der Wassereffizienz). Auch die Bildungs- und Beratungsarbeit sollte in einer Weise verstärkt werden, die den Wissenstransfer aus Forschung und Innovation nach der einzelbetrieblichen Stufe sicherstellt.



Mit richtigen Anreizmitteln haben Landwirte das Potential in Händen, durch Erbringung ländlicher Leistungen in ihrer Funktion als Landmanager (z.B. Wasserbewirtschaftung zur Reduzierung von Überflutungen, Verbesserung der Grundwasserspeicherungskapazität, Verstärkung der Brandresistenz) sowie durch Bindung von Kohlenstoff in bedeutendem Maße zur Abmilderung des Klimawandels beizutragen.

Es sollte auch sichergestellt werden, dass der Beitrag der Landwirte und Genossenschaften zur Verringerung der Emissionen und zu einer gesicherten Energieversorgung mittels der Produktion nachwachsender Rohstoffe (Energie, Fasern, Chemikalien) maximiert wird.

Größere Kohärenz zwischen der GAP und anderen flankierenden Politikbereichen

Es bedarf einer weit größeren Kohärenz zwischen EU-Politiken. Für die Landwirtschaft haben folgende Aspekte besondere Bedeutung:

Handelspolitik: Die EU sollte sicherstellen, dass bei der Aushandlung von Handelsabkommen zugestandene Landwirtschaftskonzessionen an das Erfordernis für Importe gebunden werden, Umweltschutz- und Tierschutzstandards einzuhalten, die den in der EU angewandten Standards gleichwertig sind.

Klimawandel, Umwelt und Forschung: Es wird generell anerkannt, dass eine der weltweit größten Herausforderungen in den kommenden Jahrzehnten darin bestehen wird, der Weltbevölkerung in nachhaltiger Weise eine gesicherte Ernährung zu gewährleisten. Dies muss als eine Priorität in der Klimaschutz-, Umwelt- und Forschungspolitik der EU gesehen werden.

Wettbewerbspolitik: Es bedarf einer Überprüfung der gemeinschaftlichen und einzelstaatlichen Wettbewerbspolitiken, um sicherzustellen, dass bei deren Umsetzung die Wettbewerbsfähigkeit und Stabilität der EU-Landwirtschaft begünstigt statt beeinträchtigt wird. Insbesondere sollten die auf landwirtschaftliche Zusammenschlüsse wie Genossenschaften anwendbaren Wettbewerbsvorschriften überall in der EU in gleicher Weise zur Anwendung kommen und diese Zusammenschlüsse zu Fusionen sowohl innerhalb der Mitgliedstaaten als auch grenzüberschreitend in die Lage versetzen. Ferner sollte es Landwirten möglich sein, zusammen mit anderen Akteuren der Lebensmittelkette die Marktentwicklungen zur Sprache zu bringen und Formen für Vertragsrahmen aufzustellen, die sie in die Lage versetzen, größere Stabilität und einen faireren Anteil des Mehrwerts zu erlangen.

Regionalpolitik: Mit Rücksicht darauf, dass Land- und Forstwirte über drei Viertel des EU-Gebiets bewirtschaften, sollte die Entwicklung des ländlichen Raums Bestandteil der GAP bleiben. Die Regionalpolitik der EU sollte mit den Zielen der ländlichen Entwicklung im Rahmen der GAP vereinbar sein.

COPA UND COGECA:

DIE STIMME DER EUROPÄISCHEN LANDWIRTE UND DER EUROPÄISCHEN LANDWIRTSCHAFTLICHEN GENOSSENSCHAFTEN

Copa-Cogeca ist die vereinigte Stimme der Landwirte und der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der EU. Zusammen wirken beide Verbände auf eine nachhaltige, innovative und wettbewerbsfähige europäische Landwirtschaft hin, die 500 Millionen Menschen EU-weit eine gesicherte Nahrungsmittelversorgung zu gewährleisten vermag. Copa vertritt über 13 Millionen Landwirte und ihre Familien, während Cogeca für die Interessen von 38.000 landwirtschaftlichen Genossenschaften steht. Copa und Cogeca zählen insgesamt 77 Mitgliedsorganisationen aus den einzelnen EU-Mitgliedstaaten.



copa*cogeca
european farmers european agri-cooperatives

61, Rue de Trèves
B - 1040 Bruxelles

Telephone 00 32 (0) 2 287 27 11
Telefax 00 32 (0) 2 287 27 00

www.copa-cogeca.eu

PR(10)3360